

„In allen Friedensentwürfen geht es fraglos um Schutz vor Gewalt (als Angriff auf das Leben von Menschen), um Anspruch auf soziale Gerechtigkeit (d.h. auf eine angesichts historisch vorhandener Ressourcen realisierbare Bedürfnisbefriedigung für alle Menschen) und um Anspruch auf Autonomie“. Was die Friedensforscherin *Eva Senghaas-Knobloch* als „Bedingungen des Friedens“ formuliert (mit Autonomie meint sie jene der Individuen wie die der Gesellschaften bzw. Kulturen), ermöglicht eine rationale Einschätzung von Bedrohungen, ist aber zugleich Wegweiser für eine weltweite „Arbeit am Frieden“.

Ohne die Gewaltpotentiale der Gesellschaften der reichen Staaten (etwa der OECD) zu leugnen, leben *wir* - nach obigen Bedingungen vielleicht erstmals in der Geschichte - in einem Zustand des Friedens, von dem ein Großteil der Menschheit noch weit entfernt ist (der Unfrieden gegenüber der Natur sowie unsere Verstrickungen in den Unfrieden der Länder des Südens / Ostens hier einmal beiseite gelassen).

Wenn in der Ökologie von nachhaltigen Gesellschaften gesprochen wird, Gesellschaften, die zur Erzeugung ihrer Produkte und Dienstleistungen die Natur nicht mehr beanspruchen, als diese von sich aus regenerieren kann, so können wir friedens-taugliche Gesellschaften als jene charakterisieren, in denen die menschlichen Grundrechte (individueller Schutz vor Gewalt, Befriedigung der Grundbedürfnisse für alle) garantiert sind und kollektive Gewalt (Krieg) als Mittel der Konfliktaustragung - innergesellschaftlich wie zwischenstaatlich - gebannt ist. Was bedeutet dies für die Utopie weltweiten Friedens sowie für Friedenspolitik /arbeit jener privilegierten Länder, die im Frieden leben?

Nicht der Aufbau schneller Eingreiftruppen, sondern die Mithilfe an der Entwicklung friedensfähiger Strukturen muß das Ziel von Friedenspolitik sein: Ermöglichung von Wirtschaftssystemen, die die Grundversorgung aller sicherstellen (die gegenwärtige „Welt“-Wirtschaft

ist noch immer eine Wirtschaft der Reichen); internationale Zusammenarbeit mit Gruppen der zivilen Gesellschaft, die ihre politischen Rechte einfordern und zum Garanten für Rechtsstaatlichkeit werden, Unterstützung einer Demokratisierung, die die Partizipation aller Gesellschaftsgruppen an der Macht und Gestaltung des Staates zum Ziel hat; und zu allererst, Einsatz für gerechtere Weltwirtschaftsstrukturen und für den Stopp des internationalen Rüstungsgeschäfts.

Soll die Weltgesellschaft nicht ein abstraktes Phantom oder lediglich Betätigungsfeld multinationaler Konzerne bleiben, braucht es nicht nur eine demokratisierte UNO, die mehr ist als der verlängerte Arm der Reichen, sondern insbesondere auch die Vision einer internationalen zivilen Gesellschaft, die aus der Kooperation vieler kleiner Initiativen von unten (dezentralisierte Entwicklungszusammenarbeit) entsteht und wohl die beste Therapie darstellt gegen paranoide Bedrohungsszenarien, die noch immer unsere „Sicherheits“-Politiken bestimmen. Nicht militärischen „Streit“-Kräften, sondern zivilen „Friedens-Kräften“ muß die Zukunft gehören.

Weiterführende Aufsätze:

- Arno Truger: Prävention statt Intervention. In: *Juridicum* 5/94
- Matthias Reichl: Waffen gegen Demokratie. In: *Rundbrief* 1/95
- Gerald Oberansmayr: 100 Milliarden für das Bundesheer. *Guernica* 1/95

Literautip:

Margit Pieber / ÖSFK:
„Europa - Zukunft eines Kontinents. Friedenspolitik oder Rückfall in die Barbarei?“ agenda, Münster, 1994

Die AutorInnen dieses Bandes loten die heutige Situation Europas aus. Dabei werden fünf zentrale Gegenwartsdilemmata benannt, die Herausforderungen für eine Friedenspolitik darstellen: das Sicherheits-, das Ökologie-, das Ökonomie-, das Demokratie- und das Identitätsdilemma. Der Band bleibt nicht bei der Analyse stehen, sondern unterbreitet Vorschläge für eine neue europäische Friedenspolitik. Er ist ein Aufruf, Europa neu zu denken und die Zukunft des Kontinents zu gestalten. **Hans Peter Graß**

KURZMELDUNG:

In Belgien endete am 1. März die allgemeine Wehrpflicht. Das belgische Heer soll ab 1997 noch aus 42.500 Berufssoldaten bestehen - weniger als die Hälfte der einst 100.000 Mann. (SN 11.2.95)



Fairer Handel: Beitrag zu einer gerechteren Wirtschaftsordnung